

BE-A0531_716073_800620_FRE

Inventar Archivbestand Ministerium der
Deutschsprachigen Gemeinschaft (MDG):
Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei
(1977-2006)



Het Rijksarchief in België
Archives de l'État en Belgique
Das Staatsarchiv in Belgien
State Archives in Belgium

This finding aid is written in French.

DESCRIPTION DU FONDS D'ARCHIVES:.....	3
Nutzungshinweise.....	4
Nutzungsbedingungen.....	4
Reproduktionsbedingungen.....	4
Physische Merkmale und technische Erfordernisse.....	4
Andere Findmittel.....	4
Hinweise für die Benutzung.....	4
Geschichte des Archivbildners und des Bestandes.....	6
Archivbildner.....	6
Name.....	6
Geschichte.....	6
Kompetenzen und Aufgaben.....	6
Organisation.....	8
Archivbestand.....	9
Geschichte.....	9
Akzession.....	9
Inhalt und Struktur.....	10
Inhalt.....	10
Bewertung und Kassation.....	10
Zuwächse und Ergänzungen.....	10
Ordnung.....	11
DESCRIPTION DES SÉRIES ET DES ÉLÉMENTS.....	13
I. Aufsicht über die Haushaltsführung.....	13
II. Schulaufsicht.....	14
A. Allgemeines.....	14
B. Gemeinde Amel.....	15
C. Gemeinde Büllingen.....	17
D. Gemeinde Bütgenbach.....	17
E. Gemeinde Burg-Reuland.....	18
F. Gemeinde Stadt Eupen.....	18
G. Gemeinde Kelmis.....	20
H. Gemeinde Lontzen.....	20
I. Gemeinde Raeren.....	21
J. Gemeinde Stadt St. Vith.....	22
III. Personalaufsicht.....	25
A. Gemeinde Amel.....	25
B. Gemeinde Büllingen.....	27
C. Gemeinde Burg Reuland.....	29
D. Gemeinde Stadt Eupen.....	32
E. Gemeinde Kelmis.....	36
F. Gemeinde Lontzen.....	38
G. Gemeinde Raeren.....	41
H. Gemeinde Stadt St. Vith.....	42
IV. Organisation der Freiwilligen Feuerwehr.....	44

Description du fonds d'archives:

Nom du bloc d'archives:

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (MDG): Fachbereich Lokale
Behörden und Kanzlei

Période:

1977-2006

Numéro du bloc d'archives:

BE-A0531.3207

Etendue:

- Nombre de pièces: 329.00
- Dernière cote d'inventaire: 329.00
- Etendue inventoriée: 2.50 m

Dépôt d'archives:

Staatsarchiv Eupen

Producteurs d'archives:

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (MDG), 1983-heute

Nutzungshinweise

NUTZUNGSBEDINGUNGEN

Die Unterlagen unterliegen den allgemeinen und personenbezogenen Sperrfristen nach dem Archivgesetz vom 24. Juni 1955 und den Königlichen Erlassen zur Anwendung dieses Gesetzes sowie, bei personenbezogenen Unterlagen, dem Gesetz über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten vom 30. Juli 2018. Die Dauer der entsprechenden Sperrfristen ist im Inventar zu jeder noch gesperrten Verzeichnungseinheit angegeben. Die allgemeine Sperrfrist beträgt gemäß dem Archivgesetz 30 Jahre nach Aktenschluss. Bei personenbezogenen Unterlagen wurde hilfsweise eine Schutzfrist von 100 Jahren nach Aktenschluss verfügt. Die Nutzung des Bestandes ist vor diesem rechtlichen Hintergrund gemäß der Nutzungsbedingungen bzw. der Lesesaalordnung des Belgischen Staatsarchivs möglich. Eventuelle Anträge auf Schutzfristverkürzungen sind ebenfalls an das Staatsarchiv in Eupen zu richten.

REPRODUKTIONSBEDINGUNGEN

Reproduktionen können im Rahmen der o.g. rechtlichen Einschränkungen und der geltenden Lesesaalordnung sowie des Tarifs für Reproduktionen des Staatsarchivs (siehe www.arch.be) angefertigt werden, sofern dadurch der Erhaltungszustand der Archivalien nicht gefährdet wird.

PHYSISCHE MERKMALE UND TECHNISCHE ERFORDERNISSE

Die Unterlagen liegen größtenteils in ihrer ursprünglichen Ordnung vor. Sie befinden sich in den original Umlaufheftern, in denen sie schon geführt wurden. Zum Teil wurden mehrere Vorgänge schon in der Verwaltung miteinander in einem Aktendeckel verbunden, diese Bündlung wurde in der Regel beibehalten. Innerhalb der Ordner handelt es sich um lose Blätter. Etwaige Metallheftungen sowie Plastikhüllen wurden aus konservatorischen Gründen entfernt.

ANDERE FINDMITTEL

Es liegen in der Bestandsakte (Dossier Central) im Staatsarchiv Eupen Bewertungs- und Übernahmelisten vor, diese sind auch im SAM-System des Staatsarchivs hinterlegt.

HINWEISE FÜR DIE BENUTZUNG

Für das veröffentlichte Inventar wurden in der Verzeichnung genannte Namen

anonymisiert. Im Staatsarchiv liegt eine nicht anonymisierte Version dieses Findbuches für den Dienstgebrauch vor.

Geschichte des Archivbildners und des Bestandes

ARCHIVBILDNER

NAME

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (MDG) - Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei

GESCHICHTE

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entstand im Zuge des belgischen Föderalisierungsprozesses. In Folge der zweiten Staatsreform von 1980, die die Umwandlung der Kulturgemeinschaften in Gemeinschaften sowie die Einrichtung der Wallonischen und der Flämischen Region vorsah, wurde am 28. Juni 1982 ein Königlicher Erlass zur Schaffung einer vorläufigen Verwaltungszelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft bei den Diensten des Premierministers verabschiedet. Im Folgejahr, am 7. November 1983, wurde durch Königlichen Erlass dieser Aufbaustab in den Verwaltungsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft überführt und der erste Personalstellenplan verabschiedet. Seit dem 1. Januar 1991 erhielt diese Verwaltung der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Bezeichnung "Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Zunächst war das Ministerium in Abteilungen und Diensten strukturiert. Durch einen Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. November 2006 wurden Fachbereiche geschaffen, die die Organisationseinheiten unterhalb der Abteilungen bildeten. 2012 wurden die Abteilungen abgeschafft und eine Matrixorganisationsstruktur geschaffen, die mit den Fachbereichen nur noch eine organisatorische Ebene unterhalb der Hausleitung vorsieht. Die einzelnen Fachbereiche werden durch den zuständigen Minister direkt angesteuert.

Im Zuge der Übernahme der Gemeindeaufsicht zum 1. Januar 2005 wurde ein Dienst Lokale Behörden gebildet, der seit dem 1. Januar 2007 die Bezeichnung "Fachbereich Lokale Behörden" trug und ab dem 1. September 2012 mit anderen Diensten des Hauses (Juristischer Dienst, Kanzlei, Übersetzungsdienst) zum Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei fusionierte.

KOMPETENZEN UND AUFGABEN

Die Zuständigkeit für die Verwaltungsaufsicht über die lokalen Behörden wurde ursprünglich durch das belgische Innenministerium wahrgenommen und verblieb zunächst nach Beginn des Föderalisierungsprozesses beim Föderalstaat. Diese übte auch weiterhin über die ihm nachgeordnete Verwaltung der Provinzen das Aufsichtsrecht aus. In der belgischen Gemeindeaufsicht wird gemäß dem Sondergesetz vom 8. August 1980

zwischen der "gewöhnlichen Aufsicht" und der "spezifischen Aufsicht" unterschieden. Die gewöhnliche Aufsicht (französisch: "tutelle générale" bzw. "tutelle répressive") umfasst Aufsichtspflichten, die sich aus dem Gemeinde- oder Provinzgesetz ergeben. Die "spezifische Aufsicht" ist jene, die sich aus anderen Gesetzen zu einer spezifischen Regelungsmaterie ergeben. Im Zuge des sogenannten Lambremont-Abkommens wurden die Reformen der fünften Staatsreform von 2001 verabschiedet, die im Sondergesetz vom 13. Juli 2001 gebündelt wurden. Im Zuge dieser Verfassungsreform wurde die Aufsicht über die Gemeinden und Provinzen vom Föderalstaat an die Regionen abgegeben. Der Föderalstaat behielt freilich in denjenigen Fällen, in denen sich die "spezifische Aufsicht" aus einer föderalen Regelungskompetenz ableitete, das entsprechende Aufsichtsrecht.

Zum 1. Januar 2005 wurde dann der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung die gewöhnliche Kommunalaufsicht für ihr Gebiet, also die neun deutschsprachigen Gemeinden Amel, Eupen, Büllingen, Bütgenbach, Burg-Reuland, Kelmis, Lontzen, Raeren und Sankt Vith ebenso wie die Gemeindefinanzierung übertragen. Rechtsgrundlage bildete das Dekret vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, dem bereits am 12. Mai 2004 das Wallonische Regionalparlament in Namur durch ein gleichlautendes Dekret zugestimmt hatte. Vorangegangen waren umfassende Verhandlungen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region sowie seit 2003 einer gemischte Kommission zur Vorbereitung der Ausführung der Zuständigkeit im Bereich lokale Behörden, der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinden und der Regierung angehörten. Diese Verhandlungen betrafen insbesondere auch die finanzielle Dotation für die Ausübung der Kompetenz und deren Berechnungsschlüssel.

In Folge der Kompetenzübertragung hat die Gemeinschaft nun die gesamte gewöhnliche Gemeindeaufsicht auf ihrem Gebiet inne. Diese umfasst vor allen Dingen die Kontrolle der allgemeinen öffentlichen Aufträge und von Personalentscheidungen. Neben der Aufsicht über die Gemeinden selbst umfasste die Übertragung auch die Aufsichtspflicht über die autonomen Gemeinderegionen Galmei (Kelmis), Tilia (Eupen) und Triangel (Sankt Vith), über die ostbelgischen Interkommunalen Zweckgemeinschaften Musikakademie und Vivias (Psychiatrische Pflegewohnheim in Sankt Vith und Seniorenwohnheime in der Eifel), über die beiden ostbelgischen Polizeizonen Eifel und Weser-Göhl, über die Hilfeleistungszone Lüttich 6 (heute: Hilfleistungszone Deutschsprachige Gemeinschaft), die die Feuerwehren und Rettungsdienste des Gebiets bündelt, sowie über die Kirchenfabriken.

Die spezifische Kommunalaufsicht in Bezug auf Rechtsbereiche, die durch die Gemeinschaft geregelt werden, liegen ebenfalls bei dieser. Andererseits verblieben (auf den jeweiligen Zuständigkeitsfeldern) aus föderalen oder regionalem Recht abgeleitete spezifische Aufsichtsrechte bei der Wallonischen Region (etwa für die Zuständigkeit der Raumordnung) bzw. beim Föderalstaat. In Folge der Übertragung von 2005 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die Form und die Verfahren der Aufsicht dekretal geregelt. Das entsprechende

Dekret zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des Deutschen Sprachgebiets vom 20. Dezember 2004 regelt die Aufsichtsformen und trat zum 1. Januar 2005 in Kraft. Allerdings blieb die Gestaltung der Gemeindeverfassung, also der Grundlagengesetze zur Organisation der Gemeinde, zunächst bei der Wallonischen Region. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wendete zwischen 2005 und 2015 denentsprechend den Grundlagentext der Wallonischen Region, den Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, verabschiedet durch Erlass der wallonischen Regierung vom 22. April 2004 und bestätigt durch Dekret des wallonischen Regionalrates vom 27. Mai 2004, in einer deutschen Fassung an. Während dieser Grundlagentext bis 2015 etwa 40 mal durch das Regionalparlament der Wallonischen Region abgeändert worden ist, waren eigene Abänderungen des Dekretes durch die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht möglich.

Dies änderte sich mit dem Dekret vom 5. Mai 2014 zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, dem das Wallonische Regionalparlament durch ein gleichlautendes Dekret am 28. April 2014 zugestimmt hat. Als wichtige Säule der Kommunalverfassung hat das Parlament das Gemeindedekret vom 23. April 2018 verabschiedet, das zum 18. Oktober 2018 in Kraft getreten ist und den wallonischen Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung im deutschen Sprachgebiet weitestgehend ersetzt. Ausnahmen bestehen lediglich für Interkommunalen, an denen neben Gemeinden des deutschen Sprachgebiets auch Gemeinden des französischen Sprachgebiets beteiligt sind.

ORGANISATION

Die Aufsicht über die lokalen Behörden wird von Verwaltungsseite durch den Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei des Ministeriums gewährleistet. Bei der Ausübung der Aufsichtspflicht wird zwischen verschiedenen Fallgruppen unterschieden. Unter der allgemeinen Aufsicht wird das allgemeine Recht der Regierung verstanden, sachliche und fachliche Entscheidungen der lokalen Behörden in Hinblick auf ihre Rechtskonformität zu prüfen. Wird ein Regelverstoß oder ein Verstoß gegen das Gemeinwohl festgestellt, kann die Regierung Beschlüsse der lokalen Behörden nachträglich aussetzen oder annullieren.

In Fällen der besonderen Aufsicht sind die lokalen Behörden dazu verpflichtet, nach ihrer Beschlussfassung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Beschlüsse zur Prüfung zukommen zu lassen. Nur im Falle einer Billigung des Beschlusses kann dieser in Kraft treten und damit rechtskräftig werden. Dies ist etwa bei den Haushaltsplänen und Verwaltungsstatuten der Fall.

Schließlich verfügt die Regierung über das Recht, an Stelle der lokalen Behörden im Zuge der Zwangsaufsicht zu handeln, etwa wenn diese einen Beschluss nicht trifft. Hierzu setzt die Regierung einen bevollmächtigten

Sonderkommissar ein.

Ausserdem ist die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Beschwerdeinstanz für natürliche oder juristische Personen in Bezug auf Beschlüsse einer lokalen Behörde. Bescheidet eine lokale Behörde gegenüber einer Personen, so kann diese innerhalb einer Frist von 20 Tagen Beschwerde bei der Regierung einreichen, die dann nach Prüfung des Sachverhaltes über die Beschwerde beschließt.

ARCHIVBESTAND

GESCHICHTE

Die hier vorliegenden Akten sind ausschließlich Vorakten der heute für die kommunale Aufsicht der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständigen Verwaltungsstelle. Sie entstanden entsprechend zum Teil bei der Provinzialverwaltung in Lüttich, zum Teil auch, nach der Übertragung der Kommunalaufsicht an die Wallonische Region 2001 beim Ministerium der Wallonischen Region und hier bei der Generaldirektion Lokale Behörden, Direktion Lüttich. Im Zuge der Kompetenzübertragung wurden die Unterlagen dann an die Deutschsprachige Gemeinschaft abgegeben, die sie nach Abschluss der Vorgänge archivierte.

AKZESSION

Die Akzessionierung erfolgte auf Bitten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Gemeinschaft und dem Belgischen Staatsarchiv, das vorsieht archivwürdige Unterlagen zur Endarchivierung an das Staatsarchiv in Eupen abzugeben. Die Nutzungsmodalitäten richten sich dann nach den Regelungen des Archivgesetzes vom 29. Juni 1955 in der jeweils gültigen Fassung. Die Bewertung wurde vom 23. bis 26. Januar 2018 im Archiv des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Gospertstraße 1, Eupen, in Beisein des Archivars des Ministeriums durch den Verfasser des vorliegenden Inventars durchgeführt. Die Unterlagen wurden dann am 2. Februar 2018 vom Archiv des MDG an das Staatsarchiv in Eupen abgegeben. Die vorgelegten Unterlagen waren in 138 Archivdosen untergebracht und hatten einen Umfang von ca. 18 lfd. m.

Inhalt und Struktur

INHALT

Die Unterlagen umfassen in erster Linie Korrespondenz zwischen den Gemeinden und der aufsichtführenden Provinz bzw. dem Ministerium der Wallonischen Region. Dabei fungiert insbesondere bei den älteren Akten das Beigeordnete Bezirkskommissariat für Eupen-Malmedy-Sankt Vith in Malmedy als Durchreichsstelle. Dort wurden zumeist auch die notwendigen Übersetzungen für die Stellen in Lüttich angefertigt.

Inhaltlich umfassen die Akten in vielen Fällen Vorgänge der besonderen Aufsicht, also Fälle in denen die Gemeinden bei der Aufsichtsstelle ihre Beschlüsse billigen lassen mussten, damit diese in Kraft treten konnten. Die Vorgänge beinhalten dann zumeist Auszüge aus den Beschlussregistern der Gemeinden, die entsprechenden Begleitschreiben, gegebenenfalls Nachforschungen der Aufsichtsstelle, sowie deren Entscheide, also entweder die Genehmigung, die Aufschiebung oder die Annullierung des Gemeinderatsbeschlusses.

Sprache und Schrift

Die Unterlagen liegen zumeist in maschinenschriftlicher Form in deutscher und französischer Sprache vor.

BEWERTUNG UND KASSATION

Bei der Bewertung des Bestandes wurde der Informations- und Evidenzwert der Unterlagen berücksichtigt. Da es sich in den meisten Fällen um serielle Unterlagen handelte, wurde eine Stichprobenauswahl vorgenommen, um typische Verwaltungsvorgänge zu übernehmen. Übernommen wurden 27 von insgesamt 138 vorgelegten Archivdosen. Die nicht als archivwürdig bewerteten Unterlagen werden noch bis zum Ende ihrer gesetzlichen Aufbewahrungsfrist beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwahrt und dann kassiert. Während der Erschließung wurden in kleinem Umfang Mehrfachdrucke von Druckschriften, insbesondere Auszüge aus dem Belgischen Staatsblatt ausgesondert und nachkassiert.

ZUWÄCHSE UND ERGÄNZUNGEN

Es kam weder zu Zuwächsen noch zu Ergänzungen. Allerdings sind spätere Nachträge durch die Übernahme weiterer Akten des Fachbereichs Lokale Behörden und Kanzlei zu erwarten.

ORDNUNG

Da es sich um beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft archivierte Vorakten anderer Behörden handelte, wurden diese nicht nach dem Aktenplan des Ministeriums klassiert. Die ursprüngliche Ordnung erfolgte primär sachthematisch, sekundär nach Gemeinden und tertiär nach Entstehungszeitpunkt. Diese Ordnung wurde auch bei der archivischen Erschließung aufgegriffen. Die Hauptgliederungspunkte sind entsprechend die Aufsicht über die Haushaltsführung der Gemeinden, die Schulaufsicht, die Personalaufsicht sowie die Organisation der Freiwilligen Feuerwehr. Unterhalb dieser Gliederung wurde zwischen einigen wenigen allgemeinen Vorgängen sowie Vorgängen, die sich auf bestimmte Gemeinden bezogen, soweit sinnvoll, unterschieden. Die Einteilung der Verzeichnungseinheiten entspricht weitestgehend der ursprünglichen Vorgangsbildung in der Verwaltung. Nur wo diese nicht mehr nachvollziehbar war, wurden archivisch Vorgänge gebildet.

Description des séries et des éléments

113	I. AUFSICHT ÜBER DIE HAUSHALTSFÜHRUNG Haushaltsplanung für die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes im Haushaltsjahr 1993/94. 1993.	1 Umschlag
188	Haushaltsplanung für die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes im Haushaltsjahr 1997. 1996-1997.	1 Umschlag
187	Haushaltsplanung für die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes im Haushaltsjahr 1998. 1997-1998.	1 Umschlag
186	Haushaltsplanung für die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes im Haushaltsjahr 1999. 1998.	1 Umschlag
189	Anweisungen für die Haushalts- und Kassenabschlussrechnung ab dem Haushaltsjahr 1996. 1996-1997.	1 Umschlag
190	Anweisungen für die Haushalts- und Kassenabschlussrechnung ab dem Haushaltsjahr 1997. 1997-1997.	1 Umschlag
38	Neue Gemeindebuchführung in den deutschsprachigen Gemeinden sowie ministerielle Anweisungen für die Aufstellung des Haushalts 1996. 1995.	1 Umschlag
39	Ministerielle Anweisungen über die Gemeindehaushaltspläne 1995 für die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes. 1994.	1 Umschlag

II. SCHULAUF SICHT

A. ALLGEMEINES

- 42 Allgemeine Regelung des Hochschulkurzstudiums. 1990-1991.
1 Umschlag
- 43 Allgemeine Regelungen des Sonderschulwesens. 1991.
1 Umschlag
- 44 Sonderschulwesen im Primar- und Sekundarunterricht in der
Deutschsprachigen Gemeinschaft. 1990.
1 Umschlag
- 45 Rundschreiben für das Sonderschulwesen im Primar- und
Sekundarunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. 1989-
1990.
1 Umschlag
- 48 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des
Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die
Schulträger und Leiter bezüglich Regelungen der Subvention von
Schulen im Sekundarunterricht. 1991.
1 Umschlag
- 49 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des
Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die
Schulträger und Leiter bezüglich Organisation des
Sekundarunterrichts im Schuljahr 1990/1991. 1990.
1 Umschlag
- 114 Organisation der Schulinspektion für den Sekundarschulunterricht.
1994.
1 Umschlag
- 115 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des
Unterrichtswesens des Ministeriums der Deutschsprachigen
Gemeinschaft an die Schulträger und Schulleiter bezüglich
allgemeiner Fragen der Unterrichts- und Schulorganisation. 1989.
1 Umschlag
- 116 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des
Unterrichtswesens des Ministeriums der Deutschsprachigen
Gemeinschaft an die Schulträger und Schulleiter bezüglich
allgemeiner Fragen der Unterrichts- und Schulorganisation. 1990.
1 Umschlag
- 117 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des

Unterrichtswesens des Ministeriums der Deutschsprachigen
Gemeinschaft an die Schulträger und Schulleiter bezüglich der
Organisation des Schuljahres 1989- 1990. 1989.

1 Umschlag

118 Berechnung des Stundenkapitals des Schuljahres 1993-1994 für
den Vollzeitsekundarunterricht. 1993.

2 Blatt

B. GEMEINDE AMEL

1 Übernahme der bischöflichen Volksschule und der
Gemeinschaftsschule durch die Gemeinde Amel. (1983-1986),
1992-1993.

1 Umschlag

2 Fusion der Gemeindeschulen Herresbach und Heppenbach in der
Gemeinde Amel. 1992.

1 Umschlag

3 Fusion der Gemeindeschulen Deidenberg, Iveldingen und Born in
der Gemeinde Amel. 1992.

1 Umschlag

4 Organisation des Sportunterrichts in den Schulen der Gemeinde
Amel. 1966-1980.

1 Umschlag

5 Befreiung der Schulleiter der Schulen in der Gemeinde Amel von
ihrem Lehrdeputat. 1985-1998.

1 Umschlag

6 Festlegung von schulfreien Halbtagen in den Schulen der
Gemeinde Amel. 1979-1994.

1 Umschlag

7 Eröffnung einer Sommerklasse für 14 Unterrichtseinheiten und
Einstellung einer Vorschullehrerin in der Gemeinde Amel. 1991-
1996.

1 Umschlag

8 Genehmigung von Schulordnungen und Einrichtung eines
pädagogischen Rates bei den Gemeindeschulen in Amel. 1999-
2000.

1 Umschlag

9 Fusion der Gemeindeschulen Amel-Dorf und Meyerode in der
Gemeinde Amel. 2002-2003.

1 Umschlag

- 10 Fusion der Gemeindeschulen Medell und Heppenbach-Herresbach in der Gemeinde Amel. 1999, 2004.
1 Umschlag
- 11 Verabschiedung der Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen in den Gemeindeschulen von Amel in den Schulajahren 2001-2002 bis 2003-2004. 2001-2004
1 Umschlag
- 21 Gewährung des Vorteils der Berufslaufbahnunterbrechung für satzungsmäßige Lehrerschaft in der Gemeinde Amel. 1987.
1 Umschlag
- 22 Entwidmung des Schulgebäudes in der Ortschaft Valender. 1982.
1 Umschlag
- 23 Einstellung zweier Lehrpersonen als Primarschullehrer für die Gemeinde Amel. 1983-1984.
1 Umschlag
- 24 Jährliche soziale Beihilfe für Schüler der Gemeindeschulen Amel, die Übernahme der Transportkosten der schulpflichtigen Kinder der Ortschaft Valender zur Gemeindevolksschule Heppenbach, sowie die Gewährung von Gemeindesubsidien zugunsten von allen Unterrichtsanstalten, die auf dem Gemeindegebiet liegen. 1979-1981.
1 Umschlag
- 59 Organisation des Schuljahres 1997-1998 in den Schulen der Gemeinde Amel. 1997.
1 Umschlag
- 60 Organisation der Schuljahre 1995-1996 und 1996-1997 in den Schulen der Gemeinde Amel. 1995-1996.
1 Umschlag
- 61 Organisation des Schuljahres 1993-1994 und 1994-1995 in den Schulen der Gemeinde Amel. 1993-1994.
1 Umschlag
- 62 Organisation des Schuljahres 1991-1992 und 1992-1993 in den Schulen der Gemeinde Amel. 1991-1992.
1 Umschlag
- 63 Organisation des Schuljahres 1989-1990 und 1990-1991 in den Schulen der Gemeinde Amel. 1989-1990.

-
- 1 Umschlag
- 64 Organisation der Schuljahre 1985-1986 bis 1988-1988 in den Schulen der Gemeinde Amel. 1985-1988.
1 Umschlag
- C. GEMEINDE BÜLLINGEN*
- 68 Organisation der Schuljahre 1993-1994 bis 1999-2000 in den Schulen der Gemeinde Büllingen. 1993-1999.
1 Umschlag
- 69 Organisation der Schuljahre 1991-1992 und 1992-1993 in den Schulen der Gemeinde Büllingen. 1991-1992.
1 Umschlag
- 70 Organisation der Schuljahre 1990-1991 in den Schulen der Gemeinde Büllingen. 1990.
1 Umschlag
- 71 Organisation der Schuljahre 1988-1989 und 1989-1990 in den Schulen der Gemeinde Büllingen. 1988-1989.
1 Umschlag
- 72 Organisation der Schuljahre 1986-1987 und 1987-1988 in den Schulen der Gemeinde Büllingen. 1986-1987.
1 Umschlag
- 73 Organisation der Schuljahre 1999-2000 und 2000-2001 in den Schulen der Gemeinde Büllingen. 1999-2000.
1 Umschlag
- D. GEMEINDE BÜTGENBACH*
- 100 Verabschiedung der Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen in den Gemeindeschulen von Bütgenbach. 1999-2001.
1 Umschlag
- 99 Organisation der Schuljahre 1993-1994 bis 1995-1996 in den Schulen der Gemeinde Bütgenbach. 1993-1995.
1 Umschlag
- 97 Organisation der Schuljahre 1988-1989, 1991-1992 und 1992-1993 in den Schulen der Gemeinde Bütgenbach. 1988-1992.
1 Umschlag
- 98 Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen sowie

der Lehrerplanstellen in den Schulen der Gemeinde Bütgenbach.
1989-1991.

1 Umschlag

E. GEMEINDE BURG-REULAND

12 Organisation des Gemeindeschulunterrichts für den Verwahr- und
Primarschulunterricht für das Schuljahr 2000-2001. 2000.

1 Umschlag

13 Eröffnung einer zweiten Klasse in der Primarschule und einer
Sommerklasse in der Verwahrschule sowie die Einstellung einer
Kindergärtnerin in der Gemeinde Burg-Reuland. 1993-1998.

1 Umschlag

14 Ersetzung der Fusionsssschulen Kreuzberg-Espeler und Maldingen
Aldringen durch eine einzige Grundschule. 1993.

1 Umschlag

86 Organisation der Schuljahre 1998-1999 und 1999-2000 in den
Schulen der Gemeinde Burg-Reuland. 1998-1999.

1 Umschlag

87 Organisation der Schuljahre 1995-1996 bis 1997-1998 in den
Schulen der Gemeinde Burg-Reuland. 1995-1997.

1 Umschlag

88 Organisation der Schuljahre 1992-1993 bis 1994-1995 in den
Schulen der Gemeinde Burg-Reuland. 1992-1994.

1 Umschlag

65 Organisation des Schuljahres 1991-1992 in den Schulen der
Gemeinde Burg-Reuland. 1991.

1 Umschlag

66 Organisation der Schuljahre 1988-1989 und 1990-1991 in den
Schulen der Gemeinde Burg-Reuland. 1988-1990.

1 Umschlag

67 Organisation der Schuljahre 1982-1983 bis 1985-1986 in den
Schulen der Gemeinde Burg-Reuland. 1982-1985.

1 Umschlag

F. GEMEINDE STADT EUPEN

31 Übernahme der städtischen technischen Schule Eupen als
Bestandteil des Robert-Schuman-Institutes Eupen von der
Deutschsprachigen Gemeinschaft. 2004.

-
- 1 Umschlag
- 32 Entlastung des Schulleiters durch Vergabe der Koordinationsstelle an den Kindergarten und die Festlegung der Aufgaben in Verwaltungs- und Koordinationsaufgaben. 1999.
1 Umschlag
- 33 Verabschiedung der Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen in den Kindergärten und Gemeindeschulen in Eupen. 2001.
1 Umschlag
- 34 Ernennung, Bezeichnung oder Anerkennung von Lehrpersonal in der Gemeinde Eupen. 1986-1996.
1 Umschlag
- 35 Eröffnung einer Sommerklasse im Kindergarten für französischsprachige Kinder sowie die Einstellung einer Kindergärtnerin in einer zeitlich begrenzt vakanten Stelle. 1999.
1 Umschlag
- 36 Festlegung der Vergabeart der Schulleiterstelle in der Grundschule Oberstadt mit Sektion Kettenis und Eröffnung einer Sommerklasse in den Kindergärten in Eupen. 1977-1999.
1 Umschlag
- 76 Organisation der Schuljahre 1998-1999 und 1999-2000 in den Schulen der Stadt Eupen. 1998-1999.
1 Umschlag
- 89 Organisation der Schuljahre 1996-1997 und 1997-1998 in den Schulen der Stadt Eupen. 1996-1997.
1 Umschlag
- 90 Organisation der Schuljahre 1994-1995 und 1995-1996 in den Schulen der Stadt Eupen. 1994-1995.
1 Umschlag
- 91 Organisation des Schuljahres 1993-1994 in den Schulen der Stadt Eupen. 1993.
1 Umschlag
- 92 Organisation der Schuljahre 1991-1992 und 1992-1993 in den Schulen der Stadt Eupen. 1991-1992.
1 Umschlag
- 93 Organisation des Schuljahres 1990-1991 in den Schulen der Stadt Eupen. 1990.

-
- 1 Umschlag
- 94 Organisation der Schuljahre 1988-1989 und 1989-1990 in den Schulen der Stadt Eupen. 1989.
1 Umschlag
- 95 Organisation der Schuljahre 1986-1987 und 1987-1988 in den Schulen der Stadt Eupen. 1986-1987.
1 Umschlag
- 96 Erfassung des Lehrpersonals der Schulen in der Stadt Eupen. 1988.
1 Umschlag
- G. GEMEINDE KELMIS*
- 28 Verabschiedung der Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen in den Gemeindeschulen von Kelmis für das Schuljahr 2000-2001. 2000.
1 Umschlag
- 29 Anwerbung von zeitweiligem Vertragspersonal in der Gemeindeschule Hergenrath in der Gemeinde Kelmis. 1993.
1 Umschlag
- 30 Disziplinarverfahren gegen eine Lehrerin mit Aussagen von Augenzeugen. 2002.
1 Umschlag
- 80 Organisation der Schuljahre 1994-1995, 1995-1996 und 1997-1998 in den Schulen der Gemeinde Kelmis. 1994-1997.
1 Umschlag
- 79 Organisation der Schuljahre 1992-1993 und 1993-1994 in den Schulen der Gemeinde Kelmis. 1992-1993.
1 Umschlag
- 78 Organisation der Schuljahre 1990-1991 und 1991-1992 in den Schulen der Gemeinde Kelmis. 1990-1991.
1 Umschlag
- 77 Organisation der Schuljahre 1988-1989 und 1989-1990 in den Schulen der Gemeinde Kelmis. 1989-1990.
1 Umschlag
- H. GEMEINDE LONTZEN*
- 25 Umstrukturierung der Gemeindeschulen Herbesthal, Walhorn und Lontzen, Regelung des Zweisprachenunterrichts und Übernahme

-
- der hierfür anfallenden Gehaltskosten für die Deutschsprachige Gemeinschaft sowie die Einstellung pädagogischer Hilfskräfte für den Zweisprachenunterricht im Primarschulwesen. 1984-1994.
1 Umschlag
- 26 Verabschiedung der Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen in den Gemeindeschulen von Lontzen. 2001.
1 Umschlag
- 27 Organisation des Musikunterrichtes in der Gemeinde Lontzen und die Ernennung von Musiklehrern in der Gemeindeschule Lontzen für die Schuljahre 2001-2002 bis 2004/2005. 2001-2004.
1 Umschlag
- 85 Organisation der Schuljahre 1997-1998 und 1998-1999 in den Schulen der Gemeinde Lontzen. 1997-1998.
1 Umschlag
- 84 Organisation der Schuljahre 1995-1996 und 1996-1997 in den Schulen der Gemeinde Lontzen. 1995-1996.
1 Umschlag
- 83 Organisation der Schuljahre 1992-1993 und 1993-1994 in den Schulen der Gemeinde Lontzen. 1992-1993.
1 Umschlag
- 82 Organisation der Schuljahre 1989-1990 bis 1991-1992 in den Schulen der Gemeinde Lontzen. 1989-1991.
1 Umschlag
- 81 Organisation des Schuljahres 1988-1989 in den Schulen der Gemeinde Lontzen. 1988.
1 Umschlag
- I. GEMEINDE RAEREN*
- 40 Organisation der Schuljahre 1991-1992 und 1992-1993 in den Schulen der Gemeinde Raeren. 1991-1992.
1 Umschlag
- 41 Organisation der Schuljahre 1993/1994, 1995/1996 in den Schulen der Gemeinde Raeren. 1993-1994.
1 Umschlag
- 57 Fusion der Gemeindeschulen Raeren-Driesch und der Schule in der Trägerschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Raeren-Blei unter der Trägerschaft der Gemeinde Raeren. 2002-2003.
1 Umschlag

-
- 58 Organisation der Aufsicht in der Mittagszeit für die Gemeindeschule Raeren. 1975-1997. 1 Umschlag
- 102 Organisation der Schuljahre 1988-1989 und 1989-1990 in den Schulen der Gemeinde Raeren. 1988-1989. 1 Umschlag
- 103 Ernennungen von Lehrern in den Schulen der Gemeinde Raeren. 1987. 1 Umschlag
- 105 Bezeichnung einer Lehrkraft für die Gemeindeschule von Eynatten. 1987. 1 Umschlag
- J. GEMEINDE STADT ST. VITH*
- 15 Genehmigung von Sommerklassen im Kindergarten der Gemeindeschule Weywertz sowie die Einstellung einer Kindergärtnerin. 1997. 1 Umschlag
- 16 Fusion der Grundschule der Gemeinde Bütgenbach und der Grundschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft innerhalb der Ortschaft Bütgenbach, Genehmigung des Erwerbs des Schulgebäudes der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bütgenbach sowie Verabschiedung der Kapazitätsberechnungen auf Grundlage der Schülerzahlen in den Gemeindeschulen von Bütgenbach für das Schuljahr 2002/2003. 2002-2004. 1 Umschlag
- 17 Deklassierung des ehemaligen Schulgebäudes der Ortschaft Berg, des alten Kindergartengebäudes in Bütgenbach und der alten Gemeindeschule Weywertz-Bahnhof, Prinzipbeschluss über deren Umbau und Verlegung sowie Zuweisung des Lehrpersonals zur Schule Weywertz-Dorf. 1980-1993. 1 Umschlag
- 18 Zurückziehung eines Beschlusses des Gemeinderates zur Rückerstattung des Lohnes für die stündliche Versorgung von SchülerInnen in der Mittagspause. 1981-1982. 1 Umschlag
- 19 Entschädigung für all jene Personen, die die Aufsicht in den Gemeindeschulen von Bütgenbach während der Mittagspausen gewährleisten. 1992-1993.

		1 Umschlag
20	Organisation des Schuljahres 2001-2002 in der Gemeinde Bütgenbach. 2002.	1 Umschlag
50	Einrichtung zusätzlicher Kindergartenklasse in den Gemeindeschulen von Sankt Vith. 1993-1996.	1 Umschlag
51	Festlegung von schulfreien Halbtagen in den Schulen der Gemeinde Sankt Vith. 1963-1993.	1 Umschlag
52	Übertragung der Schulträgerschaft über die Förderschule Sankt Vith mit Wirkung vom 1. September 1994 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. 1993-1994.	1 Umschlag
53	Durchführung eines Pilotprojekts zur Fusion der zehn Gemeindeschulniederlassungen zu drei fusionierten Gemeindeschulen. 1994-1995.	1 Umschlag
54	Übertragung der Schulträgerschaft der Niederlassung Recht des Königlichen Athenäums Sankt Vith an die Stadt Sankt Vith. 1990-2000.	1 Umschlag
55	Personalangelegenheiten der Gemeindeschulen in Sankt Vith, u.a. Zurdispositionstellung von Lehrkräften wegen Schülermangels. 1992-1993.	1 Umschlag
56	Weiterführung des Pilotprojekts zur Schulfusion und Fusionierung der vier Fusionsschulen im Stadtgebiet zu einer Grundschule der Stadt Sankt Vith mit Sitz in Sankt Vith. 1992-1993.	1 Umschlag
74	Organisation der Sonderschule in Sankt Vith in den Schuljahren 1991-1992 bis 1993-1994. 1991-1993.	1 Umschlag
75	Entwidmung des Schulgebäudes in Schönberg, nach der Auflösung der dortigen Schule. 1993.	1 Umschlag
101	Fusion der Gemeindeschulen Wallerode und Schönberg in der	

-
- Gemeinde Sankt Vith. 1988-1989. 1 Umschlag
- 104 Schließung der Kindergartenklasse in der Gemeindeschule Hünningen zum 30. September 1991 und Versetzung der Stelleninhaberin nach Nieder-Emmels. 1991. 1 Umschlag
- 106 Organisation des Schuljahrs 1993-1994 in den Schulen der Gemeinde Sankt Vith. 1993. 1 Umschlag
- 109 Organisation der Schuljahre 1998-1999 und 1999-2000 in den Schulen der Gemeinde Sankt Vith. 1998-1999. 1 Umschlag
- 108 Organisation der Schuljahre 1996-1997 und 1997-1998 in den Schulen der Gemeinde Sankt Vith. 1996-1997. 1 Umschlag
- 107 Organisation der Schuljahre 1994-1995 und 1995-1996 in den Schulen der Gemeinde Sankt Vith. 1994-1995. 1 Umschlag
- 110 Organisation des Schuljahres 1991-1992 in den Schulen der Gemeinde Sankt Vith. 1991-1992. 1 Umschlag
- 111 Erfassung der Schülerzahlen, Unterrichtsdeputate und Lehrerstellen zur Berechnung von Kapazitäten und Gehaltssubventionen für die Schulen in der Gemeinde Sankt Vith. 1988-1990. 1 Umschlag
- 112 Erfassung der Schülerzahlen, Unterrichtsdeputate und Lehrerstellen zur Berechnung von Kapazitäten und Gehaltssubventionen für die Schulen in der Gemeinde Sankt Vith. 1988-1989. 1 Umschlag

III. PERSONALAUF SICHT

A. GEMEINDE AMEL

- 177 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals durch Schaffung der Planstelle eines Unterbürovorstehers. 1981.
1 Umschlag
- 178 Aufstellung eines Stellenplans für die Gemeindeverwaltung Amel. 1977.
1 Umschlag
- 179 Abänderung des Stellenplans der Gemeinde durch Schaffung einer zusätzlichen Sachbearbeiterplanstelle. 1978-1981.
1 Umschlag
- 180 Abänderung des Stellenplans des Gemeindepersonals bezüglich der Aufwertung von Stellen. 1978, 1994.
1 Umschlag
- 181 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals mit Ausnahme von Lehrpersonal. 1977-1978.
1 Umschlag
- 182 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals in Hinblick auf die Reduzierung der Wochenarbeitszeit. 1980.
- 183 Abänderungen des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals in Bezug auf das Urlaubsregime. 1987-1992.
1 Umschlag
- 184 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals in Hinblick auf die Laufbahnunterbrechung. 1986-1987.
1 Umschlag
- 185 Ergänzung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals mit Ausnahme des Lehrpersonals in Bezug auf den Nachweis elementarer Französischkenntnisse für das Feldhüterpersonal. 1980.
1 Umschlag
- 253 Abänderung des Stellenplans für das bezuschusste Vertragspersonals sowie Festlegung der Qualifikation für bezuschusste Vertragsbedienstete und die Einstellung von subventionierten Arbeitslosen. 1987-1996.
1 Umschlag
- 254 Ernennung von X als zeitweilige halbtagsbeschäftigte

-
- Verwaltungsangestellte. 1999-2003. 1 Umschlag
- 255 Verlängerung des Arbeitsbeschaffungsplans für die Gemeinden der Wallonischen Region sowie Zuweisung der Gemeindeangestellten. 1996-1997. 1 Umschlag
- 256 Festlegung des Stellenplans sowie die Anpassung der Gehaltsstufen für das Gemeindepersonal. 1994-1996. 1 Umschlag
- 257 Ehrenhafte Entlassung von X als Feuerwehrkommandant, Einstellung von Y als bezuschusster Vertragsbediensteter und Z als zeitweilige halbtagsbeschäftigte ACS-Verwaltungsangestellte sowie Genehmigung von XX zur Ausübung ihrer Tätigkeit für einen halben Stundenplan und die Gewährung einesurlaubes aus persönlichen Gründen. 1999-2003. 1 Umschlag
- 258 Ernennung von X zum Polizeikommissar, Y und Z zum Polizeiinspektor. 2001. 1 Umschlag
- 259 Genehmigung der Laufbahnunterbrechung von X und für Y zur Ausübung ihrer Funktion durch halbtägige Dienstleistungen sowie Beförderung von Z und XX zum Korporal der Freiwilligen Feuerwehr. 1999-2003. 1 Umschlag
- 295 Beförderung von X und Y zum Sergeanten im Personalstand der Freiwilligen Feuerwehr Amel. 1995. 1 Umschlag
- 296 Bezeichnung von X, Unterleutnant, für die Ausübung der Funktion des Dienstleiters und Verlängerung der Bezeichnung von Y als diensttuender Feuerwehrkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Amel. 2001-2002. 1 Umschlag
- 297 Bezeichnung und Verlängerung von X als diensttuender Feuerwehrkommandant. 2002. 1 Umschlag
- 298 Bezeichnung und Verlängerung von X als diensttuender Feuerwehrkommandant. 2001-2004. 1 Umschlag

-
- 299 Verlängerung der Bezeichnung von X als diensttuender
Feuerwehrkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Amel. 2005-
2006. 1 Umschlag
- 156 *B. GEMEINDE BÜLLINGEN*
Anpassung des Stellenplans der Verwaltung der Gemeinde
Büllingen. 1991. 1 Umschlag
- 157 Verabschiedung des Stellenplans der Verwaltung der Gemeinde
Büllingen. 1977-1978. 1 Umschlag
- 158 Anpassung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals der
Gemeinde Büllingen und der Anlegung einer Rekrutierungsreserve
für Schreibkraft (Kommis) und Sachbearbeiter. 1989. 1 Umschlag
- 159 Genehmigung des Verwaltungsstatuts und einer Abänderung des
Verwaltungsstatuts in Bezug auf die 38-Stunden-Woche. 1978-
1979. 1 Umschlag
- 160 Abänderung des Verwaltungsstatuts sowie der Beförderung eines
Sachbearbeiters zum Bürountervorsteher nach einem
Auswahlverfahren. 1978-1979. 1 Umschlag
- 161 Festlegung von Bedingungen für die Anwerbung und Beförderung
zum Amt eines Sekretärs. 1977. 1 Umschlag
- 162 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals
bezüglich der Unterbrechung der Berufslaufbahn. 1991-1992. 1 Umschlag
- 163 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals in
Bezug auf die Festlegung von Fähigkeits- und Auslesetests für
Feldhüter und Polizeiagenten. 1978, 1992. 1 Umschlag
- 164 Abänderung des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts des
Gemeindepersonals in Hinblick auf Höchstalterseinstellungsgrenze
für Behinderte. 1981. 1 Umschlag

-
- 165 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals bezüglich der Anerkennung von Abschlusszeugnissen. 1981-1982.
1 Umschlag
- 166 Verabschiedung und Abänderung des Urlaubsstatuts des Gemeindepersonals sowie Abänderung von Gehaltstabellen. 1978-1979, 1991-1992.
1 Umschlag
- 167 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals bezüglich der Unterbrechung der Berufslaufbahn. 1987.
1 Umschlag
- 168 Abänderung der Urlaubsregelungen für das Gemeindepersonal. 1981-1983, 1992.
1 Umschlag
- 169 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals bezüglich der Einführung der 38-Stunden-Woche. 1979.
1 Umschlag
- 170 Abänderung des Stellenplans der Gemeinde und Einstellung eines Bürountervorstehers. 1981.
1 Umschlag
- 171 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals mit Ausnahme des Lehrpersonals bezüglich der Anerkennung von Abschlusszeugnissen. 1982.
1 Umschlag
- 172 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals bezüglich der Anwerbungsbedingungen für einen Kolonnenführer B. 1984.
1 Umschlag
- 173 Abänderung von Anwerbebedingungen für Gemeindepersonal und Bildung einer Rekrutierungsreserve. 1988.
1 Umschlag
- 174 Ergänzung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals in Hinblick auf das Polizei- und Arbeiterpersonal. 1977-1978.
1 Umschlag
- 175 Festlegung und Abänderung der Anwerbungsbedingungen für Feldhüter und Hauptfeldhüter im Gemeindepolizeidienst. 1978, 1988, 1994.
1 Umschlag

-
- 176 Festlegung der Anwerbungs- und Beförderungsbedingungen für das Amt des Gemeindeeinnehmers. 1994-1995.
1 Umschlag
- 291 Beförderung verschiedener Feuerwehrmitglieder zum Korporal bzw. Sergeant, Einstellung und Beförderung von Mitgliedern des Zuges Büllingen. 1988-1992.
1 Umschlag
- 292 Grundordnung des freiwilligen Gemeindefeuerwehrdienstes. 1995.
1 Umschlag
- C. GEMEINDE BURG REULAND*
- 119 Änderung des Stellenplans der Gemeindearbeiter in der Gemeinde Burg-Reuland. 1990.
1 Umschlag
- 120 Eröffnung einer öffentlichen Gemeindebibliothek im Kulturhaus in Burg-Reuland sowie die Vervollständigung des Stellenplans des Gemeindepersonals um einen Bibliothekar für drei Stunden pro Woche. 1986-1987.
1 Umschlag
- 121 Schaffung der Stelle eines Sachbearbeiters sowie Änderung des Verwaltungsstatuts des Personals. 1985-1986.
1 Umschlag
- 122 Reduzierung der im Stellenplan des Arbeiterpersonals vorgesehenen Zahl auf einen qualifizierten Arbeiter. 1983.
1 Umschlag
- 123 Festlegung des Stellenplans des Verwaltungs-, Polizei- und Arbeiterpersonals. 1977.
1 Umschlag
- 124 Festlegung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals. 1989-1992.
1 Umschlag
- 125 Festlegung für besondere Anwerbungsbedingungen für die Stelle als erster Arbeiter A und Hinzufügung von Rekrutierungsbedingungen für die Ernennung eines ersten Arbeiters. 1990.
1 Umschlag
- 126 Beschluss bezüglich der Anwendung der Berufslaufbahnunterbrechung. 1986-1986.

-
- 1 Umschlag
- 127 Festlegung und Hinzufügung der Rekrutierungsbedingungen an das Verwaltungsstatut des Gemeindepersonals für die Ernennung des Gemeindebibliothekars. 1987.
1 Umschlag
- 128 Heraufsetzung des Höchstalters für die Anwerbung eines qualifizierten Arbeiters B von 35 auf 40 Jahren. 1986.
1 Umschlag
- 133 Abänderung der Urlaubsregelung der Gemeindebediensteten. 1989-1992.
1 Umschlag
- 249 Festlegung und Kommissionierung als Hilfsoffizier der Gerichtspolizei und Hilfsbeamter des Prokurators des Königs. 1992.
1 Umschlag
- 250 Verwaltung der Gemeinden. 1977.
1 Umschlag
- 251 Abänderung des Stellenplans für das Arbeiterpersonal. 1977-1990.
1 Umschlag
- 129 Änderung des Stellenplans durch die Umwandlung einer Sachbearbeiterstelle in eine Bürountervorsteherstelle. 1981.
1 Umschlag
- 130 Genehmigung der Änderung des Stellenplans. 1989-1994.
1 Umschlag
- 131 Erweiterung des Stellenplans des Verwaltungspersonals um eine Schreibkraftsstelle (Kommis). 1980.
1 Umschlag
- 132 Festlegung des Stellenplans des Verwaltungs-, Polizei- und Arbeiterpersonals. 1977-1978.
- 228 Festlegung des Stellenplans der Feldpolizei und der Polizei der neuen Stadtgemeinde St. Vith. 1977-1978.
1 Umschlag
- 229 Änderung des bestehenden Stellenplans des Arbeiter- und Verwaltungspersonals sowie des zeitweiligen Personals der Wasser- und Elektrizitätswerke und Hinzufügung der Stellen eines überqualifizierten Arbeiters (Schlosser- Schmied), eines qualifizierten Arbeiters B (Mauerer) und eines qualifizierten

-
- Arbeiters B (Forstarbeiter). 1990-1992. 1 Umschlag
- 230 Änderung des Stellenplanes des städtischen Wasser- und Elektrizitätswerkes sowie Ergänzung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals. 1986-1987. 1 Umschlag
- 235 Festlegung der Anwerbungs- und Beförderungsbedingungen für den Dienstgrad des Arbeitsaufsehers. 1995. 1 Umschlag
- 236 Ergänzungen des Verwaltungsstatuts des Arbeiterpersonals durch Sonderbedingungen für Anwerbung und Beförderung des Bauleiters. 1990-1991. 1 Umschlag
- 237 Ergänzen bzw. Änderungen und Vervollständigung des Verwaltungsstatuts durch Einfügung der Zulassungsbedingungen für Arbeitsaufseher, Technischer Zeichner, Vorarbeiter 1. Klasse, Arbeitskontrolleur und Industrieingenieur. 1991. 1 Umschlag
- 238 Änderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals durch Schaffung einer Übergangsbestimmung zur Anwerbung einer Schreibkraft (Kommis). 1992. 1 Umschlag
- 239 Änderung des Stellenplans des (technischen) Arbeiterpersonals der Stadtwerke, der Stelle als Arbeitsaufseher-technischer Zeichner in eine Stelle als Arbeitsaufseher-Elektriker sowie des Verwaltungsstatuts betreffend Anwerbung und Beförderung. 1993. 1 Umschlag
- 240 Festlegung der Zulassungsbedingungen des Feldhüters und die Bedingungen einer Beförderung zum Hauptfeldhüter sowie im Nachhinein durchgeführte Änderungen und Ergänzungen des Verwaltungsstatuts. 1980-1991. 1 Umschlag
- 241 Anpassung des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts infolge der Änderung des Stellenplans der städtischen Wasser- und Elektrizitätswerke. 1986. 1 Umschlag
- 242 Abänderung des Verwaltungsstatutes des Gemeinde- und Arbeiterpersonals sowie des diesem gleichgestellten Personal für die Anwerbung und Beförderung. 1982-1985.

-
- 1 Umschlag
- 243 Anpassung des Urlaubsstatuts des Gemeindepersonals. 1981-1992.
1 Umschlag
- 244 Festlegung des Stellenplans des Arbeiterpersonals und des
Personals der städtischen Wasser- und Elektrizitätswerke. 1981-
1985.
- 246 Stellenplan der Gemeindepolizei und Festlegung der Stellen sowie
die endgültige Ernennung des auf Probe ernannten Feldhüters.
1988-1998.
1 Umschlag
- 247 Anwerbung eines Hauptfeldhüters. 1994-1995.
1 Umschlag
- 248 Beförderung zum Hauptfeldhüter sowie die Beaufsichtigung von
Schulkindern und die Festlegung von Entschädigungen 1981-1995.
1 Umschlag
- 252 Festlegung des Gemeindepersonals. 1977-1995.
1 Umschlag
- 290 Beförderungen zum Korporal und Unteroffizier betreffend die
Gemeindefeuerwehr 1985.
1 Umschlag
- D. GEMEINDE STADT EUPEN*
- 37 Rundschreiben der Wallonischen Region über die Jahresrechnungen
1996. 1997-1998.
1 Umschlag
- 46 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des
Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die
Schulträger und Leiter bezüglich Organisation der Ausbildung in
Sozialpädagogik. 1989-1991.
1 Umschlag
- 47 Rundschreiben und Weisungen der Abteilung Organisation des
Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die
Schulträger und Leiter bezüglich Organisation des
Unterrichtswesens. 1992-1993.
1 Umschlag
- 134 Gewährung von einem zusätzlichen Urlaubstag für städtisches
Personal ab 1991 und 1992 sowie die Staffelung des Jahresurlaubs.

-
- 1990-1991. 1 Umschlag
- 135 Neufassung eines Beschlusses betreffend die Laufbahnunterbrechung des Personals sowie die Anwendung der Bestimmungen des königlichen Erlasses vom 3. Juli 1985 über die Laufbahnunterbrechung auf städtisches Personal. 1986-1987. 1 Umschlag
- 136 Ernennung des städtischen Personals nach Genehmigung des neuen Stellenplans. 1979. 1 Umschlag
- 137 Anpassung des Verwaltungsstatuts des städtischen Personals für Anwerbung und Beförderung für Verwaltungs- und technisches Personal. 1993. 1 Umschlag
- 138 Änderung des Verwaltungsstatuts des städtischen Personals. 1991-1992. 1 Umschlag
- 139 Absenkung der Mindestaltersgrenze für die Anwerbung von Polizeiagenten im Verwaltungsstatut für das städtische Personal auf 18 Jahre. 1989-1991. 1 Umschlag
- 140 Anpassung der Arbeitsbedingungen des städtischen Personals. 1989-1990. 1 Umschlag
- 141 Abänderung des Stellenplans für das Polizeipersonals, das Verwaltungsstatut und das Besoldungsstatut. 1990. 1 Umschlag
- 142 Verlängerung von Rekrutierungsreserven für das städtische Personal. 1989. 1 Umschlag
- 143 Anpassung des des Verwaltungsstatuts für städtisches Personal in Bezug auf die Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Anwerbungsreserven von zwei auf vier Jahren. 1987. 1 Umschlag
- 144 Festlegung der Bedingungen für die Beförderung zum Rang eines/einer Schreibkraftsekretärs/in (Kommis-Stenodaktylo-Sekretärs). 1984. 1 Umschlag

-
- 145 Abänderung für die Gleichstellung verschiedener Diplome. 1982.
1 Umschlag
- 146 Abänderung des Verwaltungsstatutes für die
Beförderungsbedingungen zum Abteilungsleiter. 1981.
1 Umschlag
- 147 Festlegung der Beförderungsbedingungen für Polizisten sowie die
Umbenennung der Dienstgrade der Polizei. 1980.
1 Umschlag
- 148 Festlegung der Bedingungen für die Beförderung zum Range eines
Polizei-Hauptinspektors mit der Ergänzung, dass ein
Gesamtergebnis von 60% durch Kandidaten erreicht werden muss.
1987.
1 Umschlag
- 149 Abänderung des Verwaltungsstatuts betreffend Polizeipersonal.
1980.
1 Umschlag
- 150 Abänderung des Verwaltungsstatuts betreffend die Funktion des
Redakteur-Revisors und dessen Mindestalter von 21 auf 18 Jahre
herabzusetzen. 1980.
1 Umschlag
- 151 Abänderung des Verwaltungsstatuts betreffend das städtische
Personal. 1979-1980.
1 Umschlag
- 152 Abänderung bzw. Ergänzung des Verwaltungsstatuts betreffend die
städtischen Bediensteten. 1979.
1 Umschlag
- 153 Abänderungen des Verwaltungsstatuts betreffend das städtische
Personal. 1978-1979.
1 Umschlag
- 154 Abänderung des Beschlusses betreffend die Festlegung der
Bedingungen für die Ausschreibung von Polizeiangehörigen und die
Bildung einer Rekrutierungsreserve. 1978-1979.
1 Umschlag
- 155 Festlegung der Bedingungen für die Ausschreibung der Stelle eines
Arbeiters D sowie die Änderung dieses Beschlusses. 1977.
1 Umschlag

-
- 308 Abänderung der Grundordnung der städtischen Freiwilligen
Feuerwehr der Stadt Eupen. 1972, 1985.
1 Umschlag
- 310 Grundordnung der städtischen Freiwilligen Feuerwehr der Stadt
Eupen. 1973, 2004.
1 Umschlag
- 311 Abänderung der Grundordnung der städtischen Freiwilligen
Feuerwehr der Stadt Eupen. 1999-2004.
- 193 Besetzung von freien Planstellen im Angestellten- und
Arbeiterverhältnis. 1979.
1 Umschlag
- 194 Erweiterung des städtischen Stellenplans um einen
Schlachthofdirektor und eines städtischen Sportlehrers. 1977-1978.
1 Umschlag
- 195 Schließung des städtischen Schlachthofes und Streichung der
Stelle eines Inspektors für die Fleischverkaufsstellen. 1982.
1 Umschlag
- 196 Erstellung eines städtischen Stellenplans. 1978-1979.
1 Umschlag
- 197 Abänderung des Stellenplans der städtischen Verwaltung durch
Schaffung und Streichung von Planstellen in Folge der Fusion mit
der Gemeinde Kettenis. 1981-1982.
1 Umschlag
- 198 Abänderung des Stellenplans für die kommunalen Polizeikräfte.
1979-1980.
1 Umschlag
- 199 Abänderung des Stellenplans für die Arbeiter der
Kommunalverwaltung. 1984.
1 Umschlag
- 200 Abänderung des Stellenplans durch die Streichung der Stelle des
Leiters des Stadtbauamtes und Schaffung der Stelle eines
Bauführers-technischer Bürochef. 1989.
1 Umschlag
- 201 Abänderung des Stellenplans für die kommunalen Polizeikräfte
durch Schaffung der Stelle eines Hauptpolizeiinspektors. 1987.
1 Umschlag

-
- 202 Abänderung des Stellenplans für die kommunalen Polizeikräfte durch Aufwertung einer Agentenstelle in die Stelle eines Polizei-Hauptinspektors Erster Klasse. 1989-1990.
1 Umschlag
- 203 Verabschiedung eines neuen Stellenplans für die Verwaltung der Stadt Eupen. 1992-1993.
1 Umschlag
- 309 Beförderungen von X zum 1. Sergeanten, Y zum Sergeanten und Z zum Korporal bei der städtischen Freiwilligen Feuerwehr von Eupen. 1989.
1 Umschlag
- E. GEMEINDE KELMIS*
- 215 Festlegung des Stellenplans des Gemeindepersonals. 1977.
1 Umschlag
- 216 Abänderung des Stellenplans für das Arbeiterpersonal (statutarisches und Vertragspersonal), das Gemeindepersonal sowie das vertraglich eingestellte Putz- und Küchenpersonal. 1987.
1 Umschlag
- 217 Änderung des Stellenplans für das Gemeindepersonal durch Neuverteilung der Stunden des Aufsichts-, Putz- und Küchenpersonals der Gemeindeschule Kelmis und Hergenrath. 1980-1991.
- 218 Abänderung des Stellenplans für das Verwaltungs-, Gemeinde- und Arbeiterpersonal sowie den Wasserdienst. 1985.
1 Umschlag
- 219 Festlegung des Stellenplans für die Wasser-Regie Kelmis. 1977-1979.
1 Umschlag
- 220 Abänderung des Stellenplans für das Gemeindepersonal. 1979.
1 Umschlag
- 221 Abänderung des Stellenplans für das Vertragspersonal der Wasserregie Kelmis. 1991-1992.
1 Umschlag
- 222 Abänderung des Stellenplans für das Vertragspersonal der Wasserregie Kelmis. 1990-1991.
1 Umschlag

-
- 305 Grundordnung des freiwilligen Gemeindefeuerwehrdienstes. 1995.
1 Umschlag
- 307 Grundordnung des freiwilligen Gemeindefeuerwehrdienstes. 1973.
1 Umschlag
- 191 Abänderung des Verwaltungsstatuts des Gemeindepersonals in
Hinblick auf die Regelungen für Anwerbung eines Bauleiters. 1985.
1 Umschlag
- 192 Abänderung des Stellenplans der Gemeindeverwaltung Kelmis in
Hinblick auf die Anwerbung und Beförderung von
Gemeindepersonal mit Ausnahme von Lehrpersonal. 1993.
1 Umschlag
- 204 Verabschiedung eines neuen Stellenplans für die Gemeinde Kelmis.
1993.
1 Umschlag
- 205 Verabschiedung des Verwaltungsstatuts der Gemeindebediensteten
mit Ausnahme der Lehrer. 1977-1978.
1 Umschlag
- 206 Abänderung des Verwaltungsstatuts der Gemeindebediensteten.
1978-1980, 1985.
1 Umschlag
- 207 Abänderung des Verwaltungsstatuts der Gemeindebediensteten in
Hinblick auf die Notwendigkeit des Nachweises von elementaren
Französischkenntnissen für Bewerber und in Hinblick auf die
Anwerbung eines Sachbearbeiters. 1985-1986.
1 Umschlag
- 208 Abänderung des Verwaltungsstatuts der Gemeindebediensteten in
Bezug auf die Anwerbung eines Sachbearbeiter-Buchhalters und
bezüglich der Anerkennung von Abschlussprüfungen. 1986, 1989.
1 Umschlag
- 209 Abänderung des Verwaltungsstatuts der Gemeindebediensteten.
1985, 1991, 1993.
1 Umschlag
- 306 Bezeichnungen von X und Y als Verantwortliche für den Unterhalt
des Feuerwehr- und Rettungsmaterials. 1998.
1 Umschlag

F. GEMEINDE LONTZEN

- 210 Abänderung des Stellenplans des Vertragspersonals durch Erhöhung der Anzahl der jährlichen Dienstleistungsstunden. 1986-1991.
1 Umschlag
- 211 Ernennung des städtischen Personals nach Genehmigung des neuen Stellenplans. 1978. Enthält u.a. auch: eine Namensliste des Verwaltungspersonals.
1 Umschlag
- 212 Erweiterung des Stellenplans des Verwaltungspersonals mit der Stelle einer Schreibkraft (Kommis-Daktylo). 1992.
1 Umschlag
- 213 Ersetzung der Stelle eines ersten Arbeiters B ab dem 20. Dezember 1995 durch die Stelle eines Vorarbeiters B und dessen Anwerbsbedingungen. 1996.
1 Umschlag
- 214 Änderung des Stellenplans durch Hinzufügung einer Stelle als Feldhüter. 1994.
1 Umschlag
- 245 Anlegung einer Rekrutierungsreserve für eine Schreibkraft (Kommis-Daktylo-Änderung). 1992.
1 Umschlag
- 262 Ernennung von X und Y zu Feldhütern in Raeren. 1999-2001.
1 Umschlag
- 263 Erweiterung der ACS-Stellen um eine Stelle ACS-Kontainerpark [sic!] bei der Gemeinde Lontzen. 1999-2000.
1 Umschlag
- 264 Anlegung einer Rekrutierungsreserve für Sachbearbeiter. 1992.
1 Umschlag
- 265 Anlegung einer Rekrutierungsreserve für qualifizierte Arbeiter Stufe B. 1991.
1 Umschlag
- 266 Ernennung von X zum qualifizierten Arbeiter Stufe B sowie von Frau Y zur Schreibkraft (Kommis-Daktylo) bei der Gemeinde Lontzen. 1986-2004.
1 Umschlag

-
- 267 Ernennung von X zur Feldhüterin in Lontzen. 1999-2001.
1 Umschlag
- 268 Anlegung einer Rekrutierungsreserve für Schreibkräfte (Kommis-
Daktylo). 1988-1989.
1 Umschlag
- 269 Bezeichnung der Schulaufseher in den Schulen der Gemeinde
Lontzen im Schuljahr 2001-2002. 2001.
1 Umschlag
- 270 Bezeichnung der Schulaufseher in den Schulen der Gemeinde
Lontzen im Schuljahr 2000-2001. 2000.
1 Umschlag
- 271 Einstellung eines zeitweiligen technischen Bediensteten auf der
Kaderstelle des Architekten. 2002.
1 Umschlag
- 272 Einstellung von bezuschussten Vertragsbediensteten, u.a. für den
Unterhalt der Kulturhalle in Lontzen.1987-2004.
1 Umschlag
- 273 Überführung des Vertragspersonals und des bezuschussten
Vertragspersonals in neue Dienstgrade und Gehaltstabellen. 2001-
2002.
1 Umschlag
- 274 Einrichtung eines neuen Stellenplans für das subventionierte
Vertragspersonal. 1995.
1 Umschlag
- 275 Ernennung von X und von Y zu Feuerwehrmännern in Lontzen.
2003-2004.
1 Umschlag
- 276 Ehrenhafte Entlassung von X, Dienstleiter der Feuerwehr in
Lontzen. 2002.
1 Umschlag
- 277 Ernennung von X und von Y als Feuerwehranwärter sowie
Kündigung von Z als Feuerwehranwärter in Lontzen. 2002-2003.
1 Umschlag
- 278 Einmonatige Suspendierung des Lontzener Feuerwehrkorporals X
als Diziplinarstrafe wegen Trunkenheit im Dienst. 2001-2003.
1 Umschlag

-
- 279 Ernennung von X als Feuerwehranwärtern in Lontzen. 2000-2003.
1 Umschlag
- 280 Ernennung von X und von Y zu Feuerwehranwärtern bzw.
Feuerwehrlenten in Lontzen. 2001-2003.
1 Umschlag
- 281 Ernennung von X, Y und Z und von XX zu Feuerwehranwärtern bzw.
Feuerwehrlenten in Lontzen. 2001-2003.
1 Umschlag
- 282 Ernennung von X und von Y als Feuerwehranwärter in Lontzen.
1997-2003.
1 Umschlag
- 283 Ernennung von X, Y und Z zu Feuerwehranwärtern bzw.
Feuerwehrlenten in Lontzen sowie ehrenhafte Entlassung von X
und Y. 1999-2003.
1 Umschlag
- 284 Ernennung von X, Y, Z und XX zu Feuerwehranwärtern bzw.
Feuerwehrlenten in Lontzen. 1998, 2001.
1 Umschlag
- 285 Erlass einer Grundordnung für den kommunalen Freiwilligen
Feuerwehrlendienst Lontzen und einer inneren Ordnung der Feuerwehr
Lontzen. 2001-2003.
1 Umschlag
- 286 Vertragsgestaltung u.a. in Hinblick auf Vertragsverlängerung über
das Erreichen der Altersgrenze hinaus des Feuerwehrlentmanns X in
Lontzen. 1995, 1998, 2001, 2004.
1 Umschlag
- 287 Erlass einer Organisationsordnung der Freiwilligen Feuerwehr
Lontzen. 2001.
1 Umschlag
- 288 Erlass einer Organisationsordnung für die Freiwillige Feuerwehr in
Lontzen. 1995.
1 Umschlag
- 289 Ernennung von Feuerwehrlenten in Lontzen. 1986, 1994.
1 Umschlag
- 301 Medizinische Befunde von Feuerwehrlentmännern der Freiwilligen
Feuerwehr Amel. 1994.
1 Umschlag

-
- 302 Kündigung des Feuerwehrmannes X und Beförderung von Y zum Sergeant-Major. 1994-2004.
1 Umschlag
- 303 Ernennung von zehn Freiwilligen Feuerwehrmännern unter bestimmten Bedingungen. 1994.
1 Umschlag
- 304 Beförderung von X, Y, Z, XX, XY, XZ und YX zum Korporal im Kader der Freiwilligen Feuerwehr. 1985-1986.
1 Umschlag
- 319 Beförderung bzw. Kommissionierung von sechs Feuerwehrleuten. 1998.
1 Umschlag
- 320 Ausscheiden von Feuerwehrmännern aus dem Dienst. 1996-2003.
1 Umschlag
- 321 Ernennung von X, Y und von Z zu Feuerwehranwärtlern bzw. Feuerwehrleuten in Lontzen. 2002-2004.
1 Umschlag
- 323 *G. GEMEINDE RAEREN*
Einstellung von Küchenhilfe und Raumpflegerinnen sowie Erhöhung des Stundenkapitals der Mittagsaufsicht. 1980-1995.
1 Umschlag
- 324 Erweiterung des Stellenplans durch die Schaffung einer Stelle als Sachbearbeiter-beigeordneter Baukontrolleur. 1995.
1 Umschlag
- 325 Festlegung der Zugangsbedingungen für die Stelle des Feldhüters. 1977-1992.
1 Umschlag
- 326 Festlegung der Zulassungsbedingungen des Feldhüters und die Bedingungen einer Beförderung zum Hauptfeldhüter. 1993-1995.
1 Umschlag
- 327 Rundschreiben betreffend Anerkennung mittelständischer Diplome (Schreinerstelle). 1992-1993.
1 Umschlag
- 328 Erweiterung des Stellenplans durch die Schaffung von vier Stellen als Feldhüter und einer Stelle als Verwaltungsangestellter. 1999-

	2001.	1 Umschlag
329	Freistellung des zu absolvierenden Schuljahres für Polizeiangenoten und Feldhüter der Provinz. 1988.	1 Umschlag
223	<i>H. GEMEINDE STADT ST. VITH</i> Verabschiedung eines neuen Stellenplans für die Stadt Sankt Vith insbesondere in Hinblick auf die Polizeidienststelle. 1988-1989.	1 Umschlag
224	Abänderung des Verwaltungsstatuts der Gemeindebediensteten in Bezug auf die Laufbahnunterbrechung. 1985-1988.	1 Umschlag
225	Verabschiedung eines Stellenplans für die Städtischen Wasser- und Elektrizitätswerke. 1990-1991.	1 Umschlag
226	Abänderung des Stellenplans für das Arbeiterpersonal. 1995.	1 Umschlag
227	Verabschiedung des Stellenplans für das Verwaltungspersonal. 1979.	1 Umschlag
234	Verabschiedung eines zeitweiligen Stellenplans für den Verwaltungsdienst der städtischen Polizei. 1995.	1 Umschlag
233	Ausschreibung von Stellen für die Verwaltung und Beförderung von Verwaltungsbeamten sowie Stellenumwidmungen. 1992-1993.	1 Umschlag
232	Abänderung des Stellenplans der Gemeindebediensteten. 1991-1992.	1 Umschlag
231	Abänderung des Stellenplans für das Arbeiterpersonal der Gemeinde. 1990-1991.	1 Umschlag
228 /2	Verabschiedung des Stellenplans für das Verwaltungspersonal. 1979.	1 Umschlag

-
- 260 Beförderung von X zum Sergeant-Major und Walter Kohnenmergen zum 1. Sergeanten, Einstellung von Y, Z, XX, XY, XZ, YX, YY, YZ, ZX und ZY als Feuerwehrmänner, ehrenhafte Entlassung von Niolaus Linkweiler aus der Feuerwehr sowie Abdankung von ZZ aus der Freiwilligen Feuerwehr. 1986-1990.
1 Umschlag
- 261 Beförderung von X und Y zum Korporal, Z zum Adjutanten und seine Ernennung zum Sergeant-Major. 1987-1988.
1 Umschlag
- 300 Abkommen zwischen den Gemeinden Amel und St. Vith in Sachen vorbeugender Brandschutz. 2004.
1 Umschlag
- 312 Beförderung von X, Y und Z zum 1. Sergeant, XX, XY, XZ und YX zum Korporal und YY zum Adjutanten der Freiwilligen Feuerwehr in Sankt Vith. 1990-1992.
1 Umschlag
- 314 Beförderung von X, Y, Z zum Korporal der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Vith. 1981.
1 Umschlag
- 315 Beförderung von X und Y zu Korporalen der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Vith. 1993.
1 Umschlag
- 316 Beförderung von X zum Sergeant und Y zum Korporal der Freiwilligen Feuerwehr sowie Anstellung und Ernennung von Z als Feuerwehrmann und zum hauptverantwortlichen Offizier der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Vith. 1993- 1998.
1 Umschlag
- 317 Ehrenhafte Entlassung von X als Unterleutnant und hauptverantwortlichen Offizier und Y als hauptverantwortlicher Offizier der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Vith, Beförderung von Z zum Unterleutnant und XX und XY zu Adjutanten der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Vith sowie Anstellung von XZ, YX, YY und YZ als Feuerwehrmänner. 1998-2003.
- 322 Beförderung der Feuerwehrmänner X und Y zu Korporalen des Feuerwehrdienstes in Sankt Vith. 1980.
1 Umschlag

- 318** IV. ORGANISATION DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR
Organisationsordnung des Freiwilligen Feuerwehrdienstes in der
Gemeinde Sankt Vith. 1995. 1 Umschlag
- 293** Neufestlegung der Grundordnung des Freiwilligen
Feuerwehrdienstes in Amel. 1992-2001. 1 Umschlag
- 294** Beförderung in den Dienstgrad eines ersten Sergeanten bei der
Freiwilligen Feuerwehr Amel. 2001. 1 Umschlag
- 313** Abänderung der Feuerwehrgrundordnung in Sankt Vith. 1973,
1990. 1 Umschlag